

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 6

Artikel: Ein neues Wirtschaftskonzept : 3. Teil. Ansätze im Schwerpunktbereich Wachstum/Umwelt/Beschäftigung
Autor: Winkler, Rudolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339728>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein neues Wirtschaftskonzept

3. Teil. Ansätze im Schwerpunktbereich Wachstum/Umwelt/Beschäftigung

Wie schon im Artikel zum Bereich «Humanisierung der Arbeitswelt» geht es auch hier nicht um die Diskussion des Ziels des Konzepts, sondern um die Ansätze einer Strategie, wie die ersten Schritte vom heutigen Zustand auf dieses Ziel hin gestaltet werden sollten. Zentrale Anliegen sind dabei ohne Zweifel einerseits, eine Wirtschaftsstruktur anzustreben, die menschen- und umweltgerecht ist, und andererseits, eine Art der Auslandsverflechtung zu erreichen, die eine eigenständige Wirtschaftspolitik wenigstens in den wesentlichen Bereichen ermöglicht. Dass dabei Fragen offenbleiben, liegt auf der Hand. Immerhin soll dieser Artikel die Möglichkeit geben, die Zweckmäßigkeit der angestrebten Entwicklung im Hinblick aufs Ziel zu beurteilen.

Wenn heute über die Wirtschaft eines Landes ein Urteil abgegeben wird, so steht die Frage nach dem Wachstum an erster Stelle. Dieses Wachstum wird gemessen als jährliche Zunahme des Brutto sozialprodukts (BSP). Ein Land gilt um so reicher, je höher sein BSP pro Kopf, und um so blühender, je höher die Wachstumsrate pro Jahr ist.

Hausfrauenarbeit gilt nicht als wohlstandssteigernd

Dieses BSP berücksichtigt aber nur Marktbeziehungen, die mit Geld abgegolten werden. Hausfrauenarbeit zum Beispiel gilt nicht als wohlstandssteigernd, wenn sie im eigenen Haushalt geleistet wird. Würden aber zwei Frauen je den Haushalt der andern besorgen und einander einen Lohn bezahlen, so würde das BSP steigen. Unfälle erhöhen das BSP um so mehr, je höher der Schaden ist, der behoben werden muss! Die Behebung von Umweltschäden – Kläranla-

gen, Lärmschutzwände usw. – erhöhen nach der heutigen Messmethode ebenfalls die Wohlfahrt.

Historisch gesehen richtig...

Historisch gesehen ist es durchaus verständlich, dass die Zunahme der Marktbeziehungen weitgehend mit der Zunahme der Wohlfahrt gleichgesetzt wurde. Bevor die negativen Seiten des Wachstums spürbar wurden, war diese Gleichsetzung sicher zulässig.

Aufgrund dieser Ausgangslage wird im Konzept ein Zielssystem entworfen, dessen Erfüllung als Massstab einer verbesserten Lebensqualität dienen soll. Zu jedem Ziel werden Beispiele für Mittel und Massnahmen erwähnt, die uns diesem näher bringen sollen.

1. Einkommenssicherung für alle

Grundpfeiler der Einkommenssicherung für die Erwerbstätigen ist die Garantie

des Rechts auf Arbeit über eine Vollbeschäftigungspolitik und die Garantie eines Minimaleinkommens.

Kurzfristige Konjunkturschwankungen sollen nicht mehr zu Entlassungen führen dürfen (substantiell verbesserter Kündigungsschutz). Eine für die Unternehmen transparente und berechenbare, verstetigte Notenbank- und Finanzpolitik soll dazu beitragen, dass Konjunkturschwankungen möglichst klein bleiben.

Anders stellt sich die Frage, wenn Arbeitsplätze durch Strukturwandel verlorengehen. Das Recht auf Arbeit beinhaltet nicht das Recht auf den angestammten Arbeitsplatz. Darum muss die berufliche Grundausbildung so breit abgestützt und so umfassend erfolgen, dass eine bestimmte berufliche Mobilität ohne unzumutbare Härten möglich ist. Abzulehnen ist dagegen die Forderung nach geografischer Mobilität, sofern sie den ungewollten Wegzug aus dem vertrauten Lebensraum erzwingt. Dies bedingt eine entsprechende regionale Verteilung der Arbeitsplätze (vgl. Abschnitt «Abbau regionaler Wohlfahrtsunterschiede»). Entsprechend wäre die Arbeitslosenversicherung zu einer

Strukturrisikoversicherung auszubauen, um die berufliche Umschulung und Weiterbildung zu finanzieren.

Langfristige Beschäftigungsprobleme sind durch Abbau der Arbeitszeit zu bewältigen

Beschäftigungsprobleme, die von nicht abschätzbarer Dauer sind (zum Beispiel aufgrund technischer Entwicklungen), sind nicht über wirtschaftliches Wachstum zu bewältigen, das zeigt die Gegen-

wart in vielen Ländern zur Genüge. Die noch vorhandene Arbeit soll darum auf die Erwerbstätigen besser verteilt werden, was diesen zusätzlich Freiraum für selbstgewählte Tätigkeiten gibt. Die Einkommenssicherung für Nichterwerbstätige – insbesondere nicht mehr erwerbstätige Rentner und Invalide – sollte vor allem aus folgenden Gründen durch eine einzige, zentrale Kasse bewerkstelligt werden: billigere Verwaltung, Leistungsgleichheit, grössere Risikostreuung.

2. Sicherung des ökologischen Gleichgewichts

Als absolut zentraler Punkt gilt die Erhaltung der Umwelt. Prinzipiell wäre sie durch Vorschriften für Höchstmengen an Schadstoffen, die sich nur an einer langfristigen Gesunderhaltung der Umwelt orientieren, zu sichern. Um zu vermeiden, dass Unternehmen in Länder mit weniger harten Umweltvorschriften abwandern, müsste ein Ausgleichszollsystem eingeführt werden (Belastungen beim Import, Rückerstattungen beim Export).

3. Gerechte Einkommensverteilung

Schlechtgestellte Gruppen sollen mehr, gutgestellte Gruppen weniger als bisher bekommen. Dies nicht nur aus Gerechtigkeitsüberlegungen, sondern auch, weil in Zukunft die Besserstellung der benachteiligten Gruppen nicht mehr durch ein gesamtwirtschaftliches Wachstum erreicht werden soll (und kann). Ganz abgesehen davon, dass im Lauf der Wachstumsphase die relativen Einkommensunterschiede nicht ab-, sondern zugenommen haben. Der Verteilungsfrage muss deshalb auf jeden Fall

mehr Gewicht beigemessen werden.

4. Humanisierung der Produktions- und Konsumsphäre

Zur Humanisierung der Arbeitswelt sei auf den Artikel im Profil/Rote Revue 5/81 verwiesen. Zusammen mit einer humaneren Arbeitswelt, die dem Menschen am Arbeitsplatz mehr Möglichkeiten zur Entfaltung gibt, sollen auch der Konsum und die Freizeitgestaltung bewusster angegangen werden, im Sinne vermehrter Eigenaktivitäten bis hin zum Aufbau kleiner Netze für medizinische Hilfsdienste oder teilweise Selbstversorgung.

5. Ausreichende Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienste für alle

Sollen die Leistungen des Staates an die Bürger möglichst gut deren Wünschen entsprechen, so muss der Entscheid über die Art und Ausgestaltung dieser Leistungen möglichst weit «unten», also auf Gemeinde- oder Quartiersebene, gefällt werden. Damit die Unterschiede in der Versorgung zwischen wirtschaftlich verschieden starken Regionen möglichst klein gehalten werden können, ist ein wirksamer Finanzausgleich nötig.

6. Abbau regionaler Wohlfahrtsunterschiede

Soll grundsätzlich niemand gezwungen sein, seinen Wohnort zu wechseln, um eine passende Arbeit zu finden, so setzt dies eine Wirtschaftsstruktur voraus, die jedem Arbeitswilligen einen möglichst passenden Arbeitsplatz in der Wohnregion bieten kann. Eine solche Wirtschaftsstruktur kommt aber ohne direkte Beeinflussung der Wirtschaft nicht zustande, im Gegenteil, ohne Len-

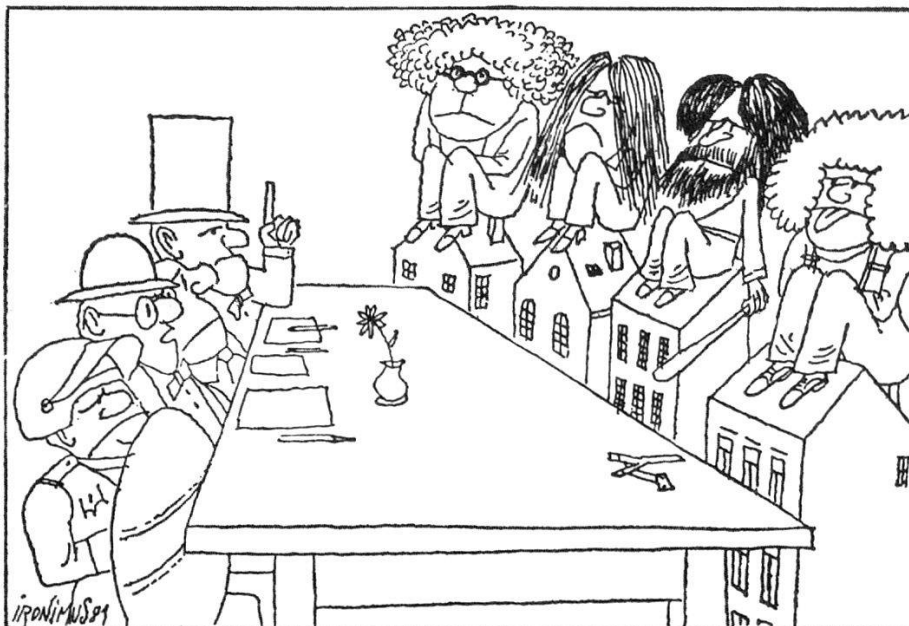
kungsmassnahmen neigt die kapitalistische Wirtschaft dazu, sich zu entmischen und sich immer mehr in den Ballungsräumen zu konzentrieren. Wichtige Mittel, um eine solche Entwicklung zu bremsen und zum Teil wieder rückgängig zu machen, sind Lohnsubventionen in Randgebieten und Lohnsteuern in Ballungsräumen, gleichmässige Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in allen Regionen, Verlegung von Verwaltungszweigen in schwächere Regionen, eine gleichmässig ausgebaute Infrastruktur und ein wirksamer Finanzausgleich.

7. Internationale Solidarität

Mit diesem Ziel soll vor allem bei der Wirtschaft im eigenen Land der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die Länder der dritten Welt einen legitimen Anspruch auf die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse haben. Dies setzt bei ihnen materielles Wachstum voraus. Die wirtschaftlichen Beziehungen mit diesen Ländern müssen von der Schweiz aus so gestaltet werden, dass sie deren eigenen Weg nicht einengen oder verunmöglichen. Insbesondere ist die Tätigkeit der von der Schweiz aus operierenden multinationalen Gesellschaften auf dieses Ziel auszurichten. Als weitere Grundsätze sollen gelten:

- kein Druck auf wirtschaftlich schwache Länder, sich stärker als erwünscht auf den Weltmarkt auszurichten,
- keine Mithilfe bei dubiosen Finanztransaktionen und Waffengeschäften.

Anhand dieser sieben Ziele sollte in Zukunft beurteilt werden, ob sich die Volkswirtschaft in der gewünschten Richtung entwickelt.



Ironimus in der Süddeutschen Zeitung

Auslandverflechtung überdenken

Bei der Diskussion über Wachstum/Umwelt/Beschäftigung in einem Land, dessen Sozialprodukt zu 43% im Handel mit dem Ausland zustande kommt, stellt die Frage nach dem gewünschten Ausmass der Auslandsabhängigkeit einen zentralen Punkt dar. Denn bei einem so hohen Grad an Auslandsverflechtung ist die Gestaltungsmöglichkeit einer selbstbestimmten Wirtschaftspolitik zumindest sehr eingeschränkt. Dabei stellen sich vor allem zwei Fragen:

1. Welche Auslandsbeziehungen sind für das Funktionieren der Wirtschaft nötig?
2. Ist die Reduktion der ausserwirtschaftlichen Verflechtung wünschbar?

Zu Punkt 1:

Rohstoffarmut bedingt eine bestimmte Auslandsverflechtung. Die bestimmende Grenze für die Reduktion der Verflechtung mit dem Ausland stellt die Rohstofffrage dar. Verglichen mit dem heutigen Zustand kann zwar der Roh-

stoffverbrauch eingeschränkt werden (Sparsmassnahmen, vermehrte Wiederverwendung von Altstoffen [Recycling], Bevorzugung weniger rohstoff- und energieintensiver Produktionsverfahren), und einheimische Rohstoffe lassen sich zum Teil vermehrt einsetzen (Sonnenenergie, Biogas, Holz). Insgesamt kann jedoch auf den Import von Rohstoffen nicht verzichtet werden, und im Ausmass der notwendigen Importe sind Exporte erforderlich. Wie hoch letztlich diese Importe sind, hängt weitgehend von der Produktion im Inland ab. Da nach unserem Wirtschaftskonzept der Produktionssektor wieder an Gewicht gewinnen sollte, würden auch die Rohstoffimporte nicht sinken.

Zu Punkt 2:

Gründe für die Reduktion der ausserwirtschaftlichen Verflechtung

1. Das Verfolgen einer eigenständigen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wird durch die hohe und trendmässig wachsende ausser-

wirtschaftliche Verflechtung gefährdet.

2. Die Beibehaltung und Ausdehnung der weltweiten Arbeitsteilung hat sowohl für die arbeitende Bevölkerung in den Industrie- wie in den Entwicklungsländern nachteilige Folgen. In den Entwicklungsländern verhindert sie die Bildung von tragfähigen Strukturen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse (anstatt Anbau von Nahrungsmitteln für die Eigenversorgung werden Exportprodukte produziert; an Stelle einer gleichmässigen Besiedlung entstehen durch eine unangemessene Ansiedlung der Grossindustrie riesige Ballungsräume mit Slums).

3. In den Industrieländern hätte das noch auf lange Sicht grosse Arbeitsangebot der Entwicklungsländer einen zunehmenden Lohndruck in der Exportindustrie zur Folge, da vor allem die Multis mit der Verlegung ihrer Produktionsstätten in die Tieflohnländer drohen.

4. Mit dem Argument, international konkurrenzfähig bleiben zu müssen, würden auch Umweltschutzmassnahmen torpediert.

5. Der mit der Lage auf dem Weltmarkt begründete Lohndruck wird auch zur Tiefhaltung der Löhne im Binnensektor verwendet, um die im Exportsektor Beschäftigten nicht «anzuheizen».

6. Im Rahmen der sich intensivierenden internationalen Arbeitsteilung wäre die Schweiz noch vermehrt gezwungen, sich auf technologieintensive Produkte zu spezialisieren. Diese besitzen Standortvorteile in den wirtschaftlichen Zentren, während die bedrohten Bereiche in den Randregionen angesiedelt sind. Eine noch zunehmende Konzentration von Bevölkerung und Ar-

beitsplätzen wäre die Folge. Es ist heute unbestritten (in fast jedem Wirtschafts- und Konjunkturbericht über die Schweiz nachzulesen), dass die Schweiz wegen ihrer starken Auslandsverflechtung nur noch einen sehr kleinen Handlungsspielraum für eine autonome Wirtschaftspolitik hat. Soll mehr Spielraum gewonnen werden, muss somit die Auslandsverflechtung zurückgehen.

Stichworte, wo angesetzt werden könnte

Die heutige unsinnige Produktvielfalt kann oft nicht mehr mit unterschiedlichen Bedürfnissen erklärt, sondern nur noch als Auswuchs bezeichnet werden. So machen beispielsweise der Export und Import ähnlicher Produkte rund 40% des industriellen Handels mit Fertigfabrikaten aus. Hier könnte zweifellos ohne Schaden reduziert werden.

Geschicktere Ausnützung der Inlandmärkte

Daneben gibt es aber auch Möglichkeiten, die bei einer vernünftigen Produktvielfalt durchaus eine Produktion im Inland lohnend machen würden. So wäre zum Beispiel der

schweizerische Automarkt gross genug, um bei einer beschränkten, aber ausreichenden Typenvielfalt eine schweizerische Autoproduktion konkurrenzfähig zu gestalten. Damit soll nicht einer Autoproduktion das Wort geredet, sondern nur veranschaulicht werden, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, durch bessere Ausnützung der Inlandmärkte die Abhängigkeit vom Ausland zu verkleinern. Anders liegt es bei vielen Investitionsgütern, die auf den Export angewiesen sind, um wirtschaftlich produzieren zu können.

Welche Massnahmen drängen sich auf?

Wie viele andere marktwirtschaftlich orientierte Länder könnte die Schweiz in bestimmten Branchen zu einer Beschränkung der Importe greifen. Gegenmassnahmen der übrigen Länder wären kaum zu befürchten, da die Schweiz heute zu den liberalsten Handelsländern zählt. Entsprechend käme auch eine Beschränkung der Exporte in Frage, wobei nach Produkten unterschieden werden könnte. Vor allem aber wären die vielfältigen Fördermassnahmen zugunsten der Exportindustrie abzubauen.

Parallel dazu wäre die Inlandwirtschaft zu fördern. Eine Entwicklung in der skizzierten Richtung wäre vermutlich auch dann zu erreichen, wenn die Notenbank bei einem nächsten Anlauf des Frankens zu einem Höhenflug nicht eingreifen würde. Nur dürfte ein kontrolliertes und langsames Vorgehen wesentlich störungsfreier vor sich gehen, als eine durch einen zum Teil künstlich hochgetriebenen Franken in kurzer Zeit erzwungene Wende.

Für ein kontrolliertes Vorgehen spricht auch, dass niemand genau abschätzen kann, was durch eine bestimmte Massnahme genau ausgelöst wird.

Kernfrage: Woher die Kraft?

Nur schon bei Veränderungen im beschriebenen Ausmass stellt sich die Frage, wie die Durchsetzung eines solchen Umschwenkens möglich wäre. Voraussetzung ist vorerst, dass in bestimmten zentralen Bereichen Einigkeit über die zu verfolgenden Ziele besteht. Und dazu ist eine ernsthafte und breite Diskussion nötig. Genau wie über die Art der Durchsetzung. Aber zuerst müssen wir uns über das Ziel einig sein.

Tobias Kästli

Arbeiterselbstverwaltung

Ein Augenschein in Jugoslawien

Im Herbst reiste ich mit einer Gruppe von Journalisten, Studenten und andern an der Selbstverwaltung interessierten Leuten nach Jugoslawien. Unsere erste Station war Ljubljana, die Haupt-

stadt der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien. Wir waren Gäste des «Jugoslawischen Zentrums für Theorie und Praxis der Selbstverwaltung». Was uns dort geboten wurde, hatte nicht viel zu tun

mit der Praxis der Selbstverwaltung, wohl aber mit der Theorie oder – um es mit skeptischer Distanz zu sagen – mit der Ideologie, die wie ein Schleier über das jugoslawische Wirtschaftsmodell gebreitet wird. Und diese Ideologie ist ein propagandistischer Exportartikel – etwa im gleichen Sinn, wie wir Schweizer unsere politische Demokratie aller Welt als etwas Vorbildliches zu verkaufen suchen.